

Beschluss der „Konferenz“¹ der Methodistischen Kirche in Großbritannien
als Antwort auf vier Anträge von Synoden zum palästinensischen Aufruf „Schrei nach Hoffnung“².
(24.06. - 01.07.2021 in Birmingham)

[Die Konferenz nimmt den Antrag der Kreissynode South Worcestershire als Muster für alle vier. Dieser enthält folgende Einleitung zur Beschlussvorlage, auf die die Konferenz dann antwortet]

Die Kreissynode South Worcestershire [South Worcestershire Circuit] (anwesend: 53, Ja-Stimmen: 48; Nein-Stimmen: 0) ist zutiefst besorgt über die Lage des palästinensischen Volkes. Sie macht die Konferenz auf den Aufruf „Schrei nach Hoffnung“ aufmerksam, der im Juli 2020 von leitenden Mitgliedern der Kirchen in Palästina veröffentlicht wurde. Die Kreissynode ist äußerst beunruhigt über die Notlage der Palästinenser, die im Gazastreifen und im Westjordanland leben, nunmehr seit über 50 Jahren unter Besatzung, wobei die letzten 5 Jahre besonders schwierig waren und die Auswirkungen der Pandemie durch den Ausfall des Tourismus wirtschaftlich katastrophal sind. Wir sind darüber hinaus bestürzt über Israels Selbstdarstellung als führend hinsichtlich der Bereitstellung von COVID Impfstoff, während der Zugang dazu für Palästinenser gleichzeitig stark eingeschränkt wird. Wir appellieren an die Konferenz zu erwägen, wie die britischen Methodisten ihre Unterstützung für die Beendigung des Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern verstärken können, indem sie für gleiche Menschenrechte aller, die zwischen Jordan und Mittelmeer leben, eintreten. Deshalb bitten wir die Konferenz,

- den Aufruf „Schrei nach Hoffnung“ den Methodisten zu empfehlen, sie zu ermutigen, ihm zuzustimmen und im Sinne seiner Empfehlungen tätig zu werden, einschließlich des Rückzugs von Investitionen und der Einführung von Sanktionen gegen Unternehmen, die in irgendeiner Weise die Besetzung unterstützen;
- den zentralen Finanzausschuss [Central Finance Board] nachdrücklich aufzufordern, unverzüglich die Entscheidungen des Methodistenrates [Methodist Council] vom Januar 2021 umzusetzen, seine Investitionsstrategie anzupassen und Investitionen aus allen Unternehmen zurückzuziehen, die von der Besetzung profitieren.
- Die britische Regierung aufzufordern, die Geltung militärischer Verträge mit Israel solange auszusetzen, wie die Verletzung des Völkerrechts durch den Staat anhält.

Der Text des Aufrufs „Schrei nach Hoffnung“ ist unter www.cryforhope.org einsehbar.

Antwort der Konferenz:

Die Konferenz dankt [den Antragstellern] dafür, dass sie auf den Appell von Kairos Palästina, „Schrei nach Hoffnung“, aufmerksam machen.

Die Konferenz ist sich der verzweifelten Lage auf der Westbank und im Gazastreifen infolge der Besatzung und Blockade bewusst, und ebenso der Zunahme von Nachrichten über Antisemitismus innerhalb des Vereinigten Königreichs (VK). Die Konferenz betet für alle Menschen in der Region, die in unterschiedlicher Weise von dem anhaltenden Konflikt und den angespannten Verhältnissen aufgrund fortgesetzten Unrechts und Misstrauens betroffen sind. Die Konferenz erinnert an frühere Resolutionen, die zur Solidarität und zum konstruktiven Dialog aufriefen und sie warnt vor dem vorhandenen Rassismus und Antisemitismus im VK und darüber hinaus. Die Konferenz empfiehlt die elektronische Materialsammlung, speziell Modul 6, als Hilfe für die inhaltliche und methodische Arbeit. Die Konferenz empfiehlt weiterhin die Materialliste auf der Website der Methodistischen Kirche (<https://www.methodist.org.uk/for-churches/guidance-for-churches/equality-diversity-and-inclusion/edi-toolkit/>).

Wie in dem von der Konferenz 2009 beschlossenen Bericht '*Justice for Palestine and Israel*' dargestellt, verursachen die Absperreinrichtungen in der Westbank, die

¹ Höchstes Entscheidungsgremium auf nationaler Ebene.

² Antragsteller sind: The **South Worcestershire** Circuit Meeting; The **Sheffield Circuit** Meeting; The **Birmingham Synod**; The **Darlington Synod**. Die Anträge beziehen sich auf den 2020 veröffentlichten Aufruf „Ruf nach Hoffnung“ von Kairos Palästina-International und fordern die Konferenz zu einer Antwort auf. (Übersetzer)

Bewegungseinschränkungen, die jahrelange Praxis willkürlicher Inhaftierung in Form von Administrativhaft, Hauszerstörungen und das Fehlen eines palästinensischen Einspruchsrechts nicht nur physisches Leid und Unrecht, sondern auch eine tiefe Demütigung, die eine starke psychische Wirkung auf die Palästinenser hat.

Der Bericht des Methodistischen Rates MC/21/18 hielt fest, dass neuere Entwicklungen wie der Beschluss des Nationalstaat-Gesetzes von 2018 und Äußerungen des Ministerpräsidenten Israels und weiterer Regierungsmitglieder nahelegen, dass die israelische Regierung nicht länger die Absicht hat, die Entstehung eines lebensfähigen palästinensischen Staates in der Region zuzulassen. Die fortgesetzte Ausdehnung illegaler Siedlungen vergrößert die Bevölkerung aus jüdischen Israelis in der Westbank und, zusammen mit der Verweigerung von Baugenehmigungen für Palästinenser, lässt den Eindruck entstehen, dass die Besetzung dauerhaft ist.

Der Aufruf "Schrei nach Hoffnung" spricht davon, "dass es endgültig vorbei ist mit der Illusion, dass Israel und die Weltmächte beabsichtigen, das Recht des palästinensischen Volkes auf Würde, Selbstbestimmung und die vom Völkerrecht garantierten fundamentalen Menschenrechte einschließlich der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu beherzigen und zu verteidigen." Der Aufruf behauptet dies angesichts der Verweigerung demokratischer Rechte für die Palästinenser der Westbank, der fortgesetzten Unterdrückungsmaßnahmen und der Schritte in Richtung offener Annexion von ca. einem Drittel der besetzten Westbank, einschließlich des Jordantals. Die Konferenz nimmt zur Kenntnis, dass der Aufruf erklärt, es sei Zeit, dass die internationale Gemeinschaft Israel zum Apartheid-Staat im Sinne des Völkerrechts erkläre. Die Konferenz steht seit langem zu der 2001 erstmals formulierten Position, nach der sie "anerkennt, dass Frieden und Sicherheit nur erreicht werden können, indem internationale Urteile respektiert werden und Gerechtigkeit geschieht" und "dass eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 und zum Status Jerusalems als Stadt für zwei Völker und drei Religionen in Parität zueinander die realistische Grundlage ist, auf der Vertrauen unter den unterschiedlichen Gemeinschaften aufgebaut werden kann. Der Wunsch nach dauerhaftem Frieden kann nur auf Vertrauen, Sicherheit, Freisein von Furcht für alle Menschen in der Region beruhen."

Die Konferenz hat bei zahlreichen Gelegenheiten erklärt, dass die Ausweitung der Siedlungsstruktur die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung verhindert und die Grundlage, auf der Vertrauen zwischen den Gemeinschaften entstehen könnte, untergräbt. Die einseitige De-facto-Annexion eines großen Teils der Westbank schafft eine völlig andere Lage, als die, die sich der Konferenz in der Vergangenheit dargestellt hat. Der Appell der Unterstützer von Kairos Palästina ist Anlass zu überdenken, ob die bisherige Position der Konferenz, dass eine Parität der Wertschätzung [beider Bevölkerungsgruppen] gewährleistet sein muss, der gegenwärtigen Lage gerecht wird.

Die Konferenz empfiehlt das Dokument "Schrei nach Hoffnung" den Methodisten zu sorgfältigem, gewissenhaftem Studium. Die Konferenz lädt zu umsichtiger Lektüre der verschiedenen Aspekte des Aufrufs ein. Die Konferenz ruft die britische Regierung auf, die vertragliche Militärhilfe für Israel zu beenden, solange das Land bei der Verletzung des Völkerrechts verharrt. Die Konferenz räumt ein, dass die Mehrheit der britischen Methodisten die Komplexität dieser Situation nicht auf Grund eigener Erfahrung erfassen kann, und begrüßt die Möglichkeit, von Schwestern und Brüdern aus jener Region und von anderen Religionen zu lernen. In Anbetracht dessen, dass der "Schrei nach Hoffnung" nicht ausdrücklich den Begriff "Sanktion" bezüglich der Unternehmen benutzt, die in Israel oder in den besetzten Gebieten operieren, unterstützt die Konferenz das Bemühen des 'Joint Advisory Committee on the Ethics of Investment' und des 'Central Finance Board' der methodistischen Kirche, Zeit und Mittel einzusetzen, die Investitionsstrategie in der Beziehung zu Israel und Palästina zu überprüfen. Der Rat hat die Memoranden M7 – M9 (2020) beraten und empfiehlt eine Stellungnahme an die Konferenz laut Tagesordnungspunkt 3, Sektion B. Diese Stellungnahme bedarf einer transparenten Sorgfalt seitens der Unternehmen, um sicherzustellen, dass ihre Tätigkeit nicht eine finanzielle oder anderweitige Unterstützung der Besetzung darstellt, und dass Investitionen in solche Unternehmen ausgeschlossen werden, die in Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten tätig sind.